

Nach einer einführenden Stellungnahme durch BM Thul, erklärt dieser, dass die Stadt verpflichtet sei, alle Grundschulen für den OGS-Betrieb auszustatten. Es sei bereits jetzt sicher, dass die Grundschule Wiedenest aufgrund der begrenzten Räumlichkeiten den Anforderungen nicht gerecht werden könne. Nach der jetzigen Beschlusslage könne die Verwaltung im Jahr 2023 mit der Planung beginnen und entsprechende Mittel im Haushaltsplan 2024 einstellen. Er sei sich zudem sicher, dass es für den Ausbau der Offenen Ganztagschule Fördermittel geben werde.

Stv. D. Grütz teilt daraufhin mit, dass bereits 2023 eine Planung skizziert werden müsse, um den Schulbetrieb ab 2026 sicherzustellen. Gemeinschaftlich mit der Schulleitung müsse man sich auf den Weg machen und verschiedene Vorschläge sichten, um die GGS Wiedenest, auch im Hinblick auf das geplante Neubaugebiet Wiedenest-Süd und damit einhergehenden steigenden Beschulungsbedarfs, kein Kind ablehnen zu müssen, zukunftsfähig zu machen

Aufgrund der Anfrage des Stv. Lenz teilt StVR Wagner mit, dass bei einem An- oder Umbau wegen des bestehenden PPP-Vertrags Maßnahmen eng mit Vinci abgestimmt werden sollten. Bei einem separaten Neubau könne die Stadt freier agieren. Das Betreiben erweiterter oder neuer Gebäude werde aber auch vermutlich nicht ohne die Leistungen (z. B. Hausmeisterdienste) des PPP-Partners erfolgen können.

Stv. Lenz weist darauf hin, dass hier vorrangig im Sinne der Schule und des Antrages entschieden werden müsse. Im zweiten Schritt müsse dann überlegt werden, ob dann Verhandlungen mit der Firma Vinci aufgenommen werden. Zunächst müsse in Zusammenarbeit mit der Grundschule ein Forderungskonzept ausgearbeitet werden. Im Nachgang müsse dieses Vinci vorgestellt werden. Vinci könne dann entscheiden, ob sie das Konzept umsetzen wolle und wieviel die Umsetzung durch sie koste.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Bergneustadt folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Bergneustadt wird beauftragt, umgehend eine Planung zum Ausbau der Grundschule Wiedenest für die Ermöglichung eines Schulbetriebs und zur Sicherung des Rechts auf Ganztagsbetreuung ab 2026 aufzustellen und einen solchen Erweiterungsbau zügig fertigstellen zu lassen.